



Interviews

Datum: 10. Juli 2023

Philipp May im Gespräch mit Monika Schnitzer, Wirtschaftsweise.

Philipp May: Die sorglosen Jahre sind vorbei. Auf Deutschland kommen enorme Herausforderungen zu. In der Diagnose sind sich die meisten Politiker und Wirtschaftswissenschaftler einig. Bei der Therapie sind die Vorstellungen allerdings höchst unterschiedlich. Zum Beispiel Monika Schnitzer, Wirtschaftsprofessorin an der LMU in München und Vorsitzende des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, besser bekannt als die Wirtschaftsweisen. Sie hat jüngst mit zwei Vorschlägen für Aufsehen gesorgt. Deutschland brauche 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr, um die Zahl der Arbeitskräfte zu halten, und daher dringend eine Willkommenskultur, so Schnitzer zum ersten. Und kurz danach hat Schnitzer auch noch eine Abschaffung der Witwenrente ins Spiel gebracht, weil sie Anreize reduziere, eine selbständige Beschäftigung aufzunehmen.

Man kann nicht sagen, dass diese beiden Vorschläge verhallt sind. Ein Frontalangriff auf die Familien, wettet der Parlamentarische Geschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei, zum Beispiel und stellt in der „Bild“-Zeitung sogar ihre Eignung als Wirtschaftsweise in Frage. „Innerhalb weniger Tage bereits der zweite absurde Vorschlag von Frau Schnitzer. Nach der Forderung nach 1,5 Millionen Einwanderern pro Jahr jetzt die Abschaffung der Witwenrente.“ Und Wolfgang Kubicki (FDP) sagt, die Idee verunsichere Millionen von älteren Ehepaaren. Ihn beschleiche langsam das Gefühl, es gäbe im demokratischen Spektrum eine fünfte Kolonne, die der AfD mit solchen Vorschlägen zum Erfolg verhelfen wolle. – Zeit zu reden! – Guten Morgen, Frau Schnitzer!

Monika Schnitzer: Guten Morgen.

May: Warum wollen Sie den Witwen ans Geld?

Schnitzer: Um das gleich mal richtigzustellen: Ich will niemandem ans Geld, der jetzt schon eine Rente bezieht oder bald eine erwartet. Ich fürchte, da haben manche Medien, manche Politiker etwas aufgebauscht für eine schnelle Schlagzeile und betreiben jetzt eine Panikmache, die wirklich völlig ungerechtfertigt ist.

Es ist doch so: Bei einer Reform der Rentenansprüche, wie auch immer die ausgestaltet würde, gibt es immer einen Bestandsschutz. Wer aktuell schon eine Rente bezieht, der würde davon nicht betroffen sein.

May: Okay! – Aber wenn man Ihren Vorschlag umsetzen würde, wer würde dann betroffen sein, beziehungsweise wen würde es ab wann betreffen?

Schnitzer: Das hängt genau von der Reform ab. Aber typischerweise geht es dann um die neugeschlossenen Ehen. Es gibt immer einen Vertrauensschutz. Wer sich schon darauf eingestellt hat, seine Lebensplanung schon darauf eingestellt hat, der würde von so einer Reform nicht betroffen sein.

May: Wie groß ist denn überhaupt das Potenzial? Über wie viele Witwen und Witwer, die eigentlich arbeiten können, würde man überhaupt reden? Wieviel würde das bringen?

Schnitzer: Das kann ich Ihnen in Zahlen nicht sagen. Aber lassen Sie mich an der Stelle schon mal dazu sagen: Es wurde ja davon gesprochen: Angriff auf die Familie. Das Interessante ist ja, die aktuelle Regelung hat überhaupt nichts mit der Familie zu tun. Man bekommt ja die Witwenrente, über die wir hier sprechen, ganz unabhängig davon, ob man eine Familie großgezogen hat oder nicht. Insofern muss man das schon mal gleich richtigstellen.

May: Worum geht es denn jetzt konkret bei Ihrem Vorschlag?

Schnitzer: Mein Vorschlag ist, bei einem Ehepaar alle eingezahlten Rentenbeiträge gedanklich auf beide Ehepartner gleichmäßig aufzuteilen und dann auch die Rentenansprüche gleichmäßig zu verteilen. Das würde quasi ein Rentensplitting bedeuten. Dann hätte jeder im Alter den Anspruch auf die Hälfte der gemeinsam erworbenen Ansprüche.

May: Das würde aber dann heißen, das wäre im Prinzip für Witwer und Witwen eine Halbierung.

Schnitzer: Ja, genau! Eine Halbierung der Rentenansprüche. Das heißt, wenn beide Rentenansprüche erwerben, dann hat man zum Schluss die Hälfte dieser gemeinsam erworbenen Rentenansprüche. Wenn man ein Alleinverdiener-Ehepaar hat, dann ist es die Hälfte dieser einen Rente.

May: Was würde das konkret bringen? Was wäre dann der große Nutzen dieser Reform?

Schnitzer: Das Problem ist ja, dass man aktuell, wenn man eine Witwenrente bezieht – das sind 55 Prozent aktuell der Rente -, dann würde man, wenn man dazuverdient oder wieder

heiratet beispielsweise, den Anspruch auf die Witwenrente verlieren können beziehungsweise sie würde sich reduzieren, je nachdem wieviel man dazuverdient. Das heißt, dass man eigentlich gar keinen so großen Anreiz hat, noch etwas dazuzuverdienen, eigene Rentenansprüche zu erwerben. Wenn man jetzt aber die Rentenansprüche durch das Rentensplitting wirklich aufgeteilt hat, dann gehört mir diese Hälfte dieser Rentenansprüche und ich kann dazu noch mehr dazuverdienen, eigene Ansprüche noch dazuerwerben, und davon wird mir dann nichts abgezogen.

May: Aber wäre das nicht trotzdem für ein Paar beziehungsweise eine Familie, wo es die klassische Rollenverteilung gibt, die sich auch für die klassische Rollenverteilung entschieden hat, einer arbeitet, einer kümmert sich um Haushalt und Kinder, nicht doch dann objektiv eine Verschlechterung?

Schnitzer: Ja! Das ist aber auch genau die Idee, weil man auf die Weise dann auch den Anreiz gibt, wieder früher in den Beruf einzusteigen und tatsächlich auch eigene Ansprüche zu erwerben – übrigens genau das, was bei einer Scheidung auch passiert. Wenn es zu einer Scheidung kommt, dann passiert genau das, dass die in der Ehe erworbenen Rentenansprüche aufgeteilt werden und man dann wieder eigene Ansprüche erwerben muss. Das machen sich viele Frauen nicht klar, die auf das klassische Modell setzen und sich dann im Fall einer Scheidung damit konfrontiert sehen, dass sie nicht gut abgesichert sind.

May: Aber auch bei diesem Vorschlag würde es letztendlich darum gehen, mehr Potenziale für den Arbeitsmarkt zu heben. Ist das richtig oder sehe ich das falsch?

Schnitzer: Ja, tatsächlich geht es darum, denn wir sehen, dass gerade viele Frauen durch die aktuelle Regel davon abgehalten werden, wieder einzusteigen in den Beruf, oder zumindest mehr zu arbeiten als durch solche Minijobs. Denn sobald man dann in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überwechselt, fallen jede Menge Sozialversicherungsbeiträge an, und da sieht man oft nicht, dass das wirklich was bringt, weil man in der ursprünglichen Situation schon einigermaßen gut abgesichert ist.

May: Das wird aber wohl kaum reichen, um den Arbeitskräftemangel zu decken. Also fordern Sie zusätzlich eine jährliche Zuwanderung von 1,5 Millionen Menschen. Ich habe es gerade gesagt. Wieso eigentlich so viele? Bisher war doch eigentlich immer die Rede, zum Beispiel von der Bundesagentur für Arbeit, glaube ich, 300- bis 400.000 Menschen von außerhalb zu holen.

Schnitzer: Genau! – Um das klarzustellen: Ich fordere nicht eine solche Zuwanderung, sondern ich sage, wenn wir die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland konstant halten wollen, dann brauchen wir pro Jahr 400.000 Menschen zusätzlich als Nettozuwanderung. Das ist genau die Zahl, die Sie eben nannten, aber das ist Nettozuwanderung. Jetzt muss man sich klarmachen: Jedes Jahr verlassen rund zehn Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer das Land wieder, gehen zurück in ihr Heimatland oder in ein anderes Land, und das heißt, wenn wir das kompensieren wollen, dann brauchen wir pro Jahr brutto 1,5 Millionen Menschen.

May: Aber das ist realistisch?

Schnitzer: Ist das realistisch? – Wie gesagt, die Zahl habe ich mir erst mal nicht ausgedacht, sondern das ist die Zahl, die wir bräuchten, wenn wir das Personal hier konstant halten wollen. Jetzt kann man sich fragen, brauchen wir wirklich so viele. Wir brauchen natürlich weniger Zuwanderung, wenn wir es besser schaffen, die hier lebenden Ausländer auch wirklich im Arbeitsmarkt zu halten, zu integrieren, so dass sie keinen Anreiz haben, das Land wieder zu verlassen. Oder aber, wenn wir versuchen, auf andere Weise das Fachkräfteproblem zu lösen. Denn, noch mal: Die Forderung kommt ja vor allen Dingen aus der Wirtschaft. Die sagen, wir haben zu wenig Arbeitskräfte. Die Forderung kommt auch, weil wir dadurch das Rentensystem entlasten. Je weniger Menschen wir hier beschäftigen, umso schwieriger wird es, das Rentensystem in seiner aktuellen Form zu erhalten. Umso mehr Einschnitte müssen wir da machen und das will auch keiner.

May: Okay! – Aber trotzdem ist es wahrscheinlich auch genauso unrealistisch, alle Menschen, alle Ausländer, die hier in Deutschland leben, hier im Land zu halten. Ich frage mich: Wenn wir schon mit 400.000 Flüchtlingen ganz objektiv kurz vor der Überforderung stehen, wie realistisch sind dann 1,5 Millionen Menschen jährlich oder zumindest eine Zahl, die noch einmal deutlich darüber liegt?

Schnitzer: Wir können versuchen, andere Wege zu finden. Ein Weg wäre, unsere Kinder besser auszubilden, nicht so viele Kinder ohne Schulabschluss in die Arbeitswelt zu schicken. Wir können versuchen, die Kräfte, die wir haben, die jetzt in einem Beruf sind, der nicht mehr so gebraucht wird, besser umzuschulen, weiterzubilden, so dass wir die für die neuen Jobs fit machen. Wir können auf Automatisierung setzen, auch das ist eine Möglichkeit.

May: Das wäre noch eine Frage. Brauchen wir überhaupt noch so viele Arbeitskräfte in Zeiten von KI?

Schnitzer: Ja, ich würde jetzt nicht nur an KI denken; ich würde an Digitalisierung, an Automatisierung denken. Wir erleben das schon beim Online-Banking. Wir brauchen weniger Schalterbeamte, die in der Bank das Geld auszahlen, weil wir das über den Automaten machen. Aber man muss sich schon an der Stelle auch klarmachen: Das ändert natürlich auch etwas. Wenn ich zum Beispiel an Japan denke, die setzen gar nicht auf Zuwanderung oder bisher fast gar nicht, sondern vor allen Dingen auf Automatisierung, auf Roboter. Die setzen aber auch Roboter in der Pflege ein. Wir müssen uns also überlegen, was ist uns an der Stelle lieber, jemand, der aus dem Ausland zu uns kommt, vielleicht nicht ganz perfekt Deutsch spricht, aber dann wirklich ein Mensch ist, oder wollen wir uns an vielen Stellen dann doch auch mit Automaten und Robotern behelfen.

May: Frau Schnitzer, eine Minute haben wir noch, dann kommt unerbittlich der Programmtipp und beendet hier dieses Gespräch. – Sie fordern auch eine Willkommenskultur. Wie drückt sich die in Ihren Augen aus?

Schnitzer: Ja, das geht bei den Ausländerbehörden los, dass die tatsächlich, wenn es um Zuwanderung von Erwerbspersonen geht, denen helfen, hier Fuß zu fassen, und beispielsweise sie auf Englisch begrüßen, wenn die noch nicht so gut Deutsch können. Mir ist gesagt worden von jemand, der in einer Behörde gearbeitet hat, es war ihnen regelrecht verboten, mit den Bewerberinnen und Bewerbern auf Englisch zu reden, weil die Deutsch lernen sollen, und ich glaube, das ist der falsche Ansatz. Wir müssen hier schauen, dass wir wechselseitig zu einem guten Ergebnis kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.